»Schöne Worte zum Schutz der Bienen reichen nicht , nötig sind politische Taten«, sagt Umweltministerin Schulze.
© DPA Deutsche Presseagentur

Foto u Artikel: dpa

Sorgen um Klima und Insektensterben

- **VonDPA**

Wiesbaden - Die kommenden zehn Jahre sind aus Sicht von Bundesumweltministerin Svenja Schulze entscheidend im Kampf gegen Klimakrise und Artensterben in Deutschland. Nötig sei eine grundlegende Veränderung hin zu einer CO2-freien Gesellschaft, sagte die Ministerin am Mittwoch anlässlich des Deutschen Naturschutztages. Ein Wandel in der Industrie, in der Landwirtschaft und in anderen Bereichen sei zwingend nötig.

. Deutschland verliere in dramatischem Umfang Insekten. Deshalb müsse umgesteuert und etwa der Ausstieg aus Glyphosat endlich umgesetzt werden. »Schöne Worte zum Schutz der Bienen reichen nicht, nötig sind konkrete politische Taten«, sagte Schulze

Vertreter aus Umwelt- und Naturschutz hatten bei der Veranstaltung zuvor mehr Geld und Personal auch für die zuständigen Behörden gefordert. Der Vorsitzende des

Bundesverbandes Beruflicher Naturschutz, Heinz-Werner Persiel, sprach von einem zusätzlichen Finanzierungsbedarf von »mindestens zwei Milliarden Euro jährlich«, um die Naturschutzbehörden finanziell und personell besser auszustatten.

Dazu erklärte Schulze, in den vergangenen Jahren seien im Bundeshaushalt bereits Verbesserungen erzielt und auch neue Förderprogramme zur Entwicklung der Biologischen Vielfalt aufgelegt worden. »Dennoch klafft weiterhin eine Lücke zwischen dem, was wir an Finanzmitteln haben und dem, was wir brauchen«, so die Ministerin. » Der Präsident des Umweltdachverbandes Deutscher Naturschutzring, Kai Niebert, übergab die »Wiesbadener Erklärung« an Schulze und Hessens Umweltministerin Priska Hinz (Grüne). Darin wird etwa eine Weiterentwicklung der nationalen Biodiversitätsstrategie mit einem entsprechenden Aktionsprogramm zur Umsetzung der Ziele gefordert. Für den Ausbau erneuerbarer Energien sollten möglichst konfliktarme Vorranggebiete ausgewiesen werden. Die Europäische Agrarpolitik sollte aus Sicht der Umweltverbände konsequent für den Umwelt- und Naturschutz genutzt werden. Hinz sagte, in Hessen wolle man dafür sorgen, »dass der Ausbau der Windenergie und der Schutz von windenergiesensiblen Arten Hand in Hand gehen«.

Nötig sei ein rasches und entschiedenes Handeln. Das Bundesverfassungsgericht habe deutlich gemacht, dass der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen nicht mehr vertagt werden dürfe. Sowohl im Klima- als auch im Naturschutz müsse jetzt Ernst gemacht werden. Dpa

Quelle: https://www.giessener-allgemeine.de/hessen/sorgen-um-klima-und-insektensterben-90787798.html